

\*\*\*\*\* Pressemitteilung, 18.4.2016 \*\*\*\*\*

Veranstaltung: Freihandel und Investitionsschutz - Freiheit für wen? Schutz für wen? - Bericht

Einiges weniger Bekanntes über TTIP und Co

Bei einer Veranstaltung von attac, DGB und Naturfreunden am Donnerstag, 14.4., stellte Alexis Passadakis, Politikwissenschaftler, Buchautor und attac-Aktiver einige eher ungewöhnliche Aspekte zu den gegenwärtig heiß umstrittenen Freihandelsverträgen a la TTIP und CETA in den Vordergrund seines Vortrages. Er zeigte dabei auf

- wie es den vereinigten europäischen und nordamerikanischen Mächten gelang, die Agenda der Unctad-Konferenzen der 70-er Jahre , auf denen regelmäßig über 80% der Staaten eine neue Weltwirtschaftsordnung forderten, in deren Rahmen die ehemaligen Kolonialmächte über Exportpräferenzen für die unterentwickelten ehemaligen Kolonien zur Wiedergutmachung beitragen sollten, zu blockieren und dann zur Zeit Reagans und Thatchers die Verträge zur neuen Welthandelsorganisation (englisch WTO) grundzulegen, die das Prinzip der gegenseitigen Zollsensungen ohne Beachtung des jeweiligen Entwicklungsstatus zur Leitlinie machten. Noch bis zu Beginn dieses Jahrtausends weigerten sich maßgebliche Entwicklungsländer aus Angst vor Hungersnöten in ihren Ländern auf Grundlage solcher Freihandelsprinzipien Handelsverträge abzuschließen. Darum gingen Nordamerika und die EU zunehmend dazu über unter Umgehung der UN-Organisationen Regierungen abhängiger Länder zum Abschluss von bilateralen Verträgen zu drängen.
- Zu dieser Zeit konnte man die Folgen des NAFTA-Vertrages zwischen den USA, Kanada und Mexiko schon erkennen: Durch Auslagerung von Industrien nach Mexiko gingen in Nordamerika hunderttausende von Arbeitsplätzen verloren und es wurde ein erheblicher Lohndruck erzeugt, während die subventionierten Lebensmittel aus Nordamerika einen Großteil der mexikanischen Kleinbauern ruinierte und in die städtischen Elendsviertel und zu den Niedriglohnbetrieben an der US-Grenze vertrieb.
- Da die sogenannten AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) nicht freiwillig bereit waren, die etwas günstigeren Bedingungen in der Tradition der Lome-Verträge aufzugeben und sich solch ruinösen Bedingungen zu unterwerfen, setzte die EU 2014 ihre Freihandelsdoktrin erpresserisch durch: Waren aus Staaten, die sich den neuen Bedingungen nicht unterwürfen, sollten durch hohe Zölle von bis zu 40% vom europäischen Markt ferngehalten werden. Kenia, das bis zuletzt diesen EPA (Economic Partnership Agreements) seine Zustimmung verweigert hatte, musste dann angesichts verheerender binnenwirtschaftlicher Auswirkungen des Zusammenbruchs seiner Exportwirtschaft ebenfalls nachgeben.
- Die Anwesenden staunten, dass über die Massenproteste in Kenia 2014 in unseren Medien kaum berichtet wurde. Alexis Passadakis verwies darauf, dass es wohl eine Verweigerungsstrategie zu diesem Thema in den Medien gebe, denn auch über den Widerstand gegen die Freihandelsverträge in den USA und deren enorme Bedeutung in den gegenwärtigen Wahlkampfkampagnen der Präsidentschaftskandidaten berichte die Presse kaum. Auch bleibe der

breite Widerstand, der sich derzeit in Frankreich in vielen Städten organisiert, um einem Desaster wie in Griechenland, Portugal und Spanien zu entgehen und Versuche einer neoliberalen Reformierung des Sozialwesens gemäß deutschen Konkurrenzvorgaben (Absenkung aller Sozialstandards infolge von Hartz IV, Ausweitung des Billiglohnssektors) abzuwehren, in unserer Presselandschaft praktisch unerwähnt.

- Großes Interesse fand auch der Versuch von Alexis Passadakis die gegenwärtigen weltweiten Freihandelsverträge in eine Geschichte der bürgerlichen Staatsordnung einzuordnen: Im Kampf gegen den durch Gott legitimierten Feudalismus hätten deren Strategen vor allem auf Legitimation durch das Volk (Parlament) und dessen Zügelung durch Gewaltenteilung zum Schutz wichtiger grundlegender Menschenrechte gesetzt. Diese Ordnung der Herrschaftslegitimation durch das Volk sei in diesen Zeiten des globalen Konkurrenzkampfes, der auch in den entwickelten Industrieländern mit einer radikalen Absenkung der Arbeitskosten und einer beschleunigten Akkumulation einhergehe, dem international agierenden Kapital aber störend, weil die Völker ihrer eigenen Verarmung nicht überall mit der erwünschten Geschwindigkeit kampflos zustimmten. Darum strebten die Freihandelsanhänger nun mit CETA, TTIP u.ä. Verträgen eine neokonstitutionelle Überlagerung der alten staatlich-parlamentarischen Rechtsordnungen an, indem die gewählten Volksvertreter in Hinblick auf die internationalen Handelskonzerne entmachtet werden sollen: Für diese solle eigenes Recht für globale Investitionsfreiheit durch eigene Anwaltschaften entwickelt werden, Rückentwicklungen zu gemeinwirtschaftlichen Betriebsformen sollen – völlig unabhängig vom Volks- oder Parlamentswillen – grundsätzlich verboten werden und ein von den internationalen Konzernen dominierter Koordinierungsausschuss solle im Vorfeld alle nationalen Gesetzesvorhaben hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit Freihandelsprinzipien überprüfen. So träten die derzeitigen Verfassungsorgane zurück, Volkssouveränität in wirtschaftlichen und sozialen Fragen werde beseitigt zugunsten eines direkten Durchregierens internationaler Kapitalinteressen. Den Zuhörern wurde dabei wohl klar, dass dazu der unveränderliche Artikel 20 des Grundgesetzes („Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“) zu einem historischen Überbleibsel erklärt werden muss!

- Zum Schluss kam es bei der Frage nach möglichen Abwehrstrategien zu einer kontroversen Diskussion. Einigkeit bestand, dass auch die Bundesregierung voraussichtlich keineswegs eine Zuständigkeit des Parlaments bei TTIP und ähnlichen Verträgen wolle, da Wirtschaftsminister Gabriel eine vorläufige Inkraftsetzung von CETA durch Brüssel befürwortet und Justizminister Maas die Zuständigkeit des Bundestags für die EPA-Ratifizierung bestreitet. Man müsse also insbesondere auf solche Länder setzen, in denen der Widerstand rege sei und die Verfassung Volksabstimmungen erlaube, also besonders auf Frankreich und die Niederlande. Dort organisieren aber nicht nur linke Gruppierungen den Widerstand, sondern auch rechtspopulistische Parteien. Ob es nun zu einer Bündelung aller ablehnenden Kräfte kommen sollte oder linke Akteure sich keinesfalls mit Rechtspopulisten verbinden dürften, war strittig. Für den Referenten war aber klar, dass attac und andere emanzipationsorientierte Bewegungen sich keinesfalls mit Rechtspopulisten zusammen organisieren dürfen, bei Volksabstimmungen u.ä. man aber unmöglich überprüfen könne, von welcher Seite die zustimmenden Stimmen kämen.